

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVI/4

7. Januar 1971

Schluß mit dem Rüstungswahnsinn!

Eine neutrale Stimme zur Welt-situation
Anfang 1971

Von Karl Czernetz SPÖ-Abg.
Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses
des Österreichischen Nationalrates

Seite 1 / 37 Zeilen

Klärung aktueller Probleme

Bemerkungen zum Thema Berlin und Ost-Verträge

Seite 2 / 39 Zeilen

Die FDP des Jahres 1971

Erneuerungsprozeß bringt frische politische
Impulse

Seite 3 / 44 Zeilen

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Familienpolitik muß vom Kind her konzipiert
werden

Von Käthe Strobel, Bundesminister für Jugend,
Familie und Gesundheit

Überzeugender Vorschlag

Nur Umwelt-"Schutz" reicht nicht mehr aus
Aus einer Rede vor dem Deutschen Bundestag
Von Hilde Schimschock MdB

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Neussallee 2-10
Postfach: 8183
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 33
Telex: 835 846/850 847
086 643 PFP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Schluss mit dem Rüstungswahnsinn!

Eine neutrale Stimme zur Weltsituation Anfang 1971

Von Karl Czernetz SPÖ-Abg.

Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des
Österreichischen Nationalrates

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat die siebziger Jahre zum Jahrzehnt der Abrüstung erklärt. Wie aber sieht die Wirklichkeit aus? U Thant, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, hat die jährlichen Rüstungskosten in allen Ländern der Welt auf mehr als 200 Milliarden Dollar geschätzt. Das sind nicht weniger als 5.200 Milliarden Schilling im Jahr oder 14 Milliarden Schilling täglich!

Die Welt gibt nach diesen Angaben für Rüstungen um 40 Prozent mehr aus als für das gesamte Schulwesen. Die Ausgaben für das Weltgesundheitswesen betragen nur ein Drittel der Ausgaben für die Rüstungen. Die Welt gibt heute für militärische Zwecke mehr aus als die gesamten Welteinkünfte im Jahre 1900 betragen. Die Industrieländer geben mehr als 85 Prozent ihres gesamten Staatshaushaltes für Rüstungen und Militärausgaben aus.

Und die Rüstungskosten steigen jährlich um fünf bis sechs Prozent. In den sogenannten Entwicklungsländern der Dritten Welt ist das Wachstum der jährlichen Rüstungsausgaben sogar noch höher, nämlich sieben bis acht Prozent. Ein großer Teil der Mittel, die für die Wirtschaftshilfe dieser Länder aufgebracht werden, gehen bedauerlicherweise bei der ultramodernen Aufrüstung der afrikanischen und lateinamerikanischen Welt verloren.

Das Wettwüsten geht also weiter, der Totentanz der Rüstungszahlen nimmt kein Ende. Auch wenn die Rüstungen nicht die einzige Ursache des Krieges sind, führt doch das Wettwüsten und die Entwicklung neuer Waffensysteme zum gesteigerten Mißtrauen, zu wachsender Spannung, zu schärferen Drohungen und Gegendrohungen.

Es gibt nur einen Ausweg. Wir haben als internationale Sozialisten seit eh und je Rüstungsbeschränkungen und schließlich eine allgemeine, gleichzeitige und international kontrollierte Abrüstung in der ganzen Welt gefordert. Gerade wir österreichischen Sozialisten aus einem kleinen, neutralen Land haben das Recht und die Pflicht, an die Supermächte, an die Großen, an die Welt zu appellieren, dem Rüstungswahnsinn ein Ende zu setzen. In einem kommenden Krieg kann es keinen Sieger geben, sondern nur Besiegte, die Vernichtung der ganzen menschlichen Zivilisation. Darum appellieren wir an die Vernunft, an den Überlebenswillen der Menschheit.

* * *

Klärung aktueller Probleme

Bemerkungen zum Thema "Berlin und Ost-Verträge"

Am Anfang hat eine formelle Prinzipvereinbarung der Vier Mächte USA, Großbritannien, Frankreich und UdSSR über den Berlin-Verkehr zu stehen. Die darauf folgenden, vor allem technischen Detailabmachungen der beiden deutschen Staaten sind integraler Bestandteil dieser Vier-Mächte-Vereinbarung. Mit dieser Feststellung von zuständiger Stelle der Bundesregierung ist die für alle Seiten erwünschte und notwendige Klärung in einer Diskussion gefunden worden, die in den letzten Tagen völlig aus den Fugen zu geraten drohte und, von der Opposition leider noch angeheizt, zu einiger Verwirrung geführt hat.

Eine zweite Klarstellung war nicht weniger dringend und erforderlich. Hier geht es um das Thema der Verbindung zwischen dieser befriedigenden, alle Seiten zufriedenstellenden Berlin-Regelung mit der Ratifizierung der Ost-Verträge. Die Verwirrung, die in diesem Bereich eingetreten ist, sollte umso verwunderlicher sein, als es hierzu bei der Bundesregierung und den Koalitionsparteien eine von Anfang an gleichgebliebene und daher auch unveränderte Sachbeurteilung gegeben hat. Die Verunsicherungsmanöver der Opposition sollten auch dann nicht schwererwichtiger genommen werden, als sie sind, wenn sie die Voraussetzungs-Hypothek am laufenden Band erhöht und damit der der Gesamtheit dienenden Außenpolitik der Bundesregierung konstant zuwiderhandelt.

Zu diesem zweiten wichtigen Punkt, also der Verbindung zwischen der Berlin-Regelung - eine Berlin-Lösung, wie sie etwa der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß fordert, kann es, und das weiß er selbst am besten, erst im Rahmen einer europäischen Friedensordnung mit den sich daran anschließenden Folgeregelungen geben - und der Ostvertragsratifizierung, ist klarzustellen, daß wir es hier mit einem politischen Zusammenhang zu tun haben. Ein völkerrechtliches Junktim gibt es nicht. Aber der verbindliche politische Zusammenhang ist von der Bundesregierung niemals in Zweifel gestellt worden und sie hat auch niemals einen solchen Zweifel zugelassen. Für die parlamentarische Einleitung des Inkrafttretens der Ostverträge, aller Ostverträge also in einem sachlichen Fakt, ist festzuhalten, daß beide Komplexe in einem unlösbaren Sachzusammenhang nebeneinander existieren müssen: Berlin-Regelung und Verträge.

Die atmosphärische Abrundung dieser Verdeutlichungen bringt der begründete Hinweis, daß alle Vier Mächte mit ernstem Willen an die Phase der Verhandlungen über eine Berlin-Regelung herangehen.

Die FDP des Jahres 1971

Erneuerungsprozeß bringt frische politische Impulse

Den Freien Demokraten ist die loyale Partnerschaft mit den Sozialdemokraten im Bonner Parlament und Bundesregierung recht gut bekommen. Sie haben ihr einst schwer angeschlagenes Selbstvertrauen zurückgewonnen. Der Austritt von Dr. Mende und seinen Freunden wirkte wie ein reinigendes Gewitter. Es stärkte den inneren Zusammenhalt dieser um die Bundesrepublik verdienten Partei, der schon so oft der politische Tod vorausgesagt worden war.

Das traditionelle "Dreikönigstreffen" der Freien Demokraten in Stuttgart, die mit Baden-Württemberg den zweitstärksten Landesverband stellen, öffnete den Blick für eine Entwicklung, die wohl symptomatisch für die Gesamtpartei ist. Fragen der Gesellschaftspolitik, deren Diskussion früher peinlichst zu oft vermieden wurde, erregten die Gemüter, Progressive und Konservative lagen miteinander im belebenden und befruchtenden Widerstreit und fanden doch nach hitzigen Debatten einen gemeinsamen Boden. Die von Bundesaußenminister Walter Scheel geführte FDP hat durch ihn und durch seine Mitstreiter ein modernes und der Zukunft zugewandtes Profil bekommen. Die FDP hat erkannt, daß sie als politischer Faktor nur wirken und sich erhalten kann, wenn sie sich dem raschen Wandel unserer Gesellschaft stellt und versucht, darauf entsprechende Antworten zu geben. Diese Partei hat einen Erneuerungsprozeß hinter sich gebracht, der ihr frische Impulse vermittelt. Die Zahl ihrer Anhänger wächst, wie es die Landtagswahlen des vergangenen Jahres bewiesen haben, und auch die selbst der Mitglieder, die in der Partei aktiv mitarbeiten.

Solange die FDP im Schatten der Unionsparteien gestanden hatte, war sie krisenanfällig gewesen. Das führte unter der Regierung Adenauer in den 50er Jahren zur Spaltung der FDP-Bundestagsfraktion. Die Teilnahme an einer von Sozialdemokraten geführten Bundesregierung löste zunächst einige Erschütterungen aus, aber sie blieben Episoden: z.B. die von Zoglmann initiierte "National-liberale Aktion" landete in der politischen Wüste, und kein Weg führt für sie heraus.

Das Koalitions-Bündnis zwischen Freien Demokraten und Sozialdemokraten und die Regierungsverantwortung, die sie gemeinsam tragen, hat der deutschen Politik sowohl nach Innen wie auch nach außen heute, von den Notwendigkeiten von Heute und Morgen geprägte Wegezzeichen gegeben. Reformen wurden eingeleitet, die zwingend erforderlich sind und die sich nicht mehr rückgängig machen lassen. Beide Partner, durch den Geist loyaler Zusammenarbeit verbunden, verfolgen eine Politik, die auf eine friedliche und gesicherte Zukunft unseres Volkes und auf den Ausbau unseres sozialen Rechtsstaates bedacht ist. Sie sind heute die einzige Kraft, die die Dinge vorantreiben kann.